

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M. Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) i. V. K.-W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 129

MITTWOCH, 16. MÄRZ 1932

ABEND-AUSGABE

Für Europa

Mit Frankreich und Deutschland!

LONDON, 16. MÄRZ

Die beiden Hauptpremierkabinette des englischen Kabinetts sind wieder in London: der Premierminister nach seinem notwendigen Urlaub aus der „englischen Riviera“, in Cornwall, der ihm diesmal die Erlaubnis erteilt hat, daß der Außenminister nach anstrengenden Tagen in Genf. Danach könnte man auf eine neue Ära in der der großen Politik schließen, besonders nachdem die große innerpolitische Frage durch Annahme des neuen Folgejahres vorläufig delegiert ist und alle Augenblicke mit der großen, daß auch die Budgetfrage keine neuen Streitpunkte auslösen wird.

In der Außenpolitik gibt es außer dem neu hinzugekommenen afrikanischen noch immer die alten dortigen Probleme, deren Lösung nicht nur eine britische, sondern eine Weltaufgabe ist, die aber gerade darum die Fortdauer eines „Kabinetts aller Parteien“ wünschenswert erscheinen lassen. Die Größe und Wichtigkeit dieser Probleme gerade auch für England ist daher auch die beste Garantie für den Beibehaltung der Regierung MacDonald-Edwin Simon.

Wie seit Jahren schon, ist auch heute noch die erste und wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches Verhandeln zwischen den Mächten die politische Atmosphäre in Europa. Die Reichspräsidentenwahl in Deutschland hat in dieser Beziehung die gute Wirkung getan. Sie hat der ersten Warnung, die die deutsche Not für die übrige Welt bedeutet, nichts von ihrem Bewußtsein genommen. Aber sie hat den Glanzen oder den Wohlstand in fremden Ländern, die guten Willens sind, die Sicherheit zurückgegeben oder befestigt, daß die Arbeit für ein besseres und gelinderes Europa mit Deutschland und nicht gegen Deutschland weiter gefördert werden kann.

Alles, was vermieden werden kann, um die politische Atmosphäre zu fördern, muß vermieden werden. Manches wird sich nicht immer vermeiden lassen. Ammerich darf man fragen, ob es nötig war, daß in einem Augenblick, wo man in Paris die Klugheit besaß, in der Frage der ererbten Kohlensteuern gegen England nachzugeben, man in Berlin auf diese empfindliche Stelle im englischen Wirtschaftskörper zu drücken begann. Ginge es nur um die Kohlensteuer, die so schließlich mit ihren Bundesgenossen in der Schwerindustrie die Hauptverantwortlichen an der neuen englischen Zollpolitik sind, man möchte die deutschen Gegenmaßnahmen begrüßen und vielleicht nützlich finden. Aber die Hauptbedenken sind die Begrenztheit, deren politische Vorteile sich nicht erheben lassen, sondern die die übrige Arbeiterwelt in England, zu den härtesten Faktoren für eine vernünftige und gerechte internationale Politik gehören.

Trotz dem Entgegenkommen Frankreichs scheinen die Vorbefragungen zwischen Paris und London wegen der Reparationskonferenz und auch wegen der Donauföderationspläne keine nennenswerten Erfolge zu machen. In diesem Fall ist man in London nicht geneigt, sich irgendwie festzusetzen, solange die Möglichkeit besteht, daß die Kameraden in Frankreich eine Erklärung der Vorkonferenzen und damit eine Regierung bringen, die sich mit größerer Sicherheit auf diejenigen Schritten des französischen Volkes stützen kann, die wirklich eine Verbesserung und eine Aufhebung in Europa wollen.

Was die Pläne Tardieu für eine Donauföderation betrifft, so ist man hier wirklich nicht geneigt. Vor allem scheint es, daß in dieser Beziehung das englische Kabinet nicht ganz einig ist. Die Möglichkeit ist eingetreten, während Ramsay MacDonald den Geschäften fernbleiben und Sir John Simon die Verhandlungen in Genf und Paris führen. Bei dem letzten Eingewilligen des Premierministers, der wiederum nicht gewillt ist, es hat bekannt werden lassen, daß die Idee dieser Wirtschaftslösung ursprünglich von ihm stammt, ist es gar nicht sicher, ob er sich den solchen Gegengängigen Sir John Simons leicht beugen wird. Aber auch er wird sich sagen müssen, daß ein Plan, der in Wien, Prag und Berlin auf seiner parteilichen und wirtschaftlichen Bebenheit steht, in keiner Weise Form nehmen mehr zur Ursache als zur Beubigung beitragen muß.

Verhütung und Ausdehnung aller vermeidbaren Reibungspunkte ist für die Hauptbedingung für ein Gelingen der großen europäischen Aufgaben, an denen mitzuarbeiten und die zu einem guten Ende zu führen der Obgleich des englischen Premierministers ist, wie einer seiner englischen Kollegen, man sieht, gegen Frankreich und gegen Deutschland, sondern nur mit Frankreich und mit Deutschland kann England an der Neugestaltung Europas entscheidend mitarbeiten.

Präferenzen treten in Kraft

Für Rumänien und Ungarn

Es besteht begründete Aussicht, daß die mit Rumänien und Ungarn abgeschlossenen Präferenz-Verträge in der nächsten Zeit in Kraft treten werden können. Verhandlungen mit Rumänien, Argentinien und Indien haben zu dem Ergebnis geführt, daß diese Länder ihren Einpruch nicht mehr aufrecht erhalten.

Bekanntlich war es der deutschen Regierung nach langwierigen Verhandlungen im vorigen Jahre gelungen, Präferenzverträge mit Rumänien und Ungarn nach den Empfehlungen des Welter-

bundes abzuschließen. Das Inkrafttreten dieser Verträge war an die Voraussetzung gebunden, daß die interessierten Weltwirtschaftsgebiete keinen Einpruch erheben. Rumänien und Argentinien haben ihren Einpruch geltend gemacht, so daß die Handelsverträge mit Rumänien und Ungarn am Ende des vorigen Jahres ohne die Präferenzen in Kraft treten mußten.

Jetzt ist es gelungen, dieses Hindernis aus dem Wege zu räumen. Die Handelsverträge werden also aller Voraussicht nach in Kürze in der ursprünglichen Form in Kraft treten können.

Deutschlands Antwort an Tardieu

Zum Plan einer Donauföderation

Die Reichsregierung hat heute dem französischen Vorkonferenzen Französisch-Poncelet ihre Antwort auf die Note Tardieu über den Donaubund-Von überreicht. Der Inhalt des deutschen Schriftstücks ist im wesentlichen wieder-

gegeben: Die deutsche Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen über die Genierung des Donauraums geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer englischen Hilfsaktion für die notwendigen Donauföderationen mit der französischen Regierung in voller Übereinstimmung befindet. Für Deutschland das mit dem ganzen Donaubundgebiet von alterher intensive Wirtschaftsbeziehungen unterhält, ist die Verwirklichung im Rahmen seiner Kräfte an jeder Hilfsaktion für die wirtschaft-

liche Genierung der Donaufaaten mitzuarbeiten, in besonderem Maße ein Gebot der menschlichen und wirtschaftlichen Verbundenheit.

Das französische Memorandum nimmt Bezug auf den Bericht des Finanzkommissars des Welterbundes über die Finanzlage Österreichs und Ungarns, der die Finanzverhältnisse der Regierungen dieser beiden Staaten auf die Notwendigkeit getauft habe, so bald wie möglich mit gewissen Nachbarländern enger wirtschaftliche Beziehungen herzustellen. Deutscherseits wird darauf hingewiesen, daß der Finanzausgleich des Welterbundes bei seiner Eingehung einer wirtschaftlichen Annäherung Österreichs und Ungarns an ihre Nachbarstaaten und an anderen Staaten der Welt nicht ausgingen, daß die genannten Länder zu ihrer wirtschaftlichen Genierung einer Erweiterung ihres Absatzmarktes bedürfen.

Wenn die französische Regierung glaube, ein ähnliches Bedürfnis an bei den eigenen Nachbarländern feststellen zu können, so könne die Reichsregierung dieser Auffassung der überwiegen agrarischen Donauföderationen Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien nur zustimmen.

Mit Bezug auf diese Staaten beste die Auffassung auch im Einklang mit der seit längerer Zeit im Rahmen des Welterbundes betriebenen Hilfsaktion für die Nachbarländer des Donauraumes, denen, ähnlich wie es bei Österreich der Fall ist, der sichere und hinreichend umfangreiche Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse unter auskömmlichen Preisen liege.

Die Deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Überwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines Wirtschaftsraumes wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den Absatz der Landwirtschaft der beteiligten Nachbarländer in den Welterbundes europäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen sicherstellt.

Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donaufaaten unter sich, wie dies französischerseits vorgeschlagen wird, nicht erreicht werden können. Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Hauptgebiete Europas miteinbeziehen müssen. Ein auf die Donaufaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenstoß würde überdies für die ebenfalls fast bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihres Absatzmarktes zur Folge haben.

Mit der Verwirklichung der durchgehenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch nicht so bald gerechnet werden können, wie dies für eine rechtzeitige Hilfe unerlässlich ist. Dementsprechend sind freierseits nach Wegen gesucht, auf denen die notwendige zeitliche Abhilfe gegenüber dem gegenwärtigen außerordentlichen Arbeitsaufwand geschaffen werden kann, ohne einer späteren Befristung vorzuziehen.

Schon die italienische Regierung hat in ihrer, nach Auffassung der Reichsregierung durchaus zutreffenden Beurteilung der Lage, wie sie in der italienischen Antwort auf das französische Memorandum zum Ausdruck gebracht ist, darauf hingewiesen, daß in der schwierigen Situation Österreichs und Ungarns ein Gefahrenmoment liegt, dessen Verhütung vornehmlich entspricht. Österreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch gewährt werden, daß entsprechend der Anregung des Finanzkommissars des Welterbundes, seine Nach-

Genfer Osterpausie bis 11. April

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 16. MÄRZ

Das Präsidium und die Hauptkommission der Abrüstungskonferenz haben heute beschlossen, die Arbeiten nach Ostern nicht, wie geplant, am 4. April, sondern erst am 11. April wieder aufzunehmen, sie dann aber in energischer und beschleunigtem Tempo durchzuführen. Präsident Genferer entsandte den bisherigen etwas fidespenden Verlauf der Verhandlungen mit dem Eigentum des Problems und vor allem mit der Tatsache, daß die außerordentliche Abrüstungsverammlung über den einseitig-japanischen Konflikt so viel in Anspruch genommen habe, wie nicht voraussehen war.

Der französische Ministerpräsident Tardieu bemühte sich persönlich um den Nachweis, daß die bisherige Langsamkeit der Verhandlungen ebenfalls nicht von der französischen Delegation verursacht sei, die immer zur Stelle gewesen wäre, wenn es nötig war. Das Präsidium zwischen Hauptkommission und technischen Kommission, meinte Herr Tardieu, müsse nun endlich aufbrechen.

Der amerikanische Delegierte Wilson brachte sogar einen formellen Antrag ein, monoch die Hauptkommission und die politische Kommission der Abrüstungskonferenz nach dem 11. April eine längere Unterbrechung zugehen sollen, bis sie die notwendigen Beschlüsse gefaßt haben, damit die technischen Komitees wirklich nützliche Arbeit leisten können und der Zustand aufhöre, daß die technischen Komitees mit Nachfragen sich immer wieder an die Hauptkommission wenden müssen, weil keine prinzipiellen Entscheidungen vorliegen.

Der englische Delegierte Lord Londonderry und der deutsche Vorkonferenzen Radonky schlossen sich dem Antrag an, der einstimmig angenommen wurde.

Am 11. April werden also die beiden Hauptkommissionen der Konferenz, wie Tardieu sich ausdrückte, an die großen Hauptprobleme heranzutreten und die einander entgegengehenden Tzelen einander gegenüberstellen, damit die notwendigen vermittelnden Lösungen gewonnen werden können.

m. t. g.